



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

15. August 2022

CDU-Juristen: Migrationspolitik der Ampel-Regierung ist sozialer Sprengstoff

Die Sozialleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine sind auf die im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehenen Leistungen zu beschränken.

Die Menschen in Deutschland haben Angst, in die Armut abzurutschen. Geringverdiener und alle, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, kommen infolge der Preissteigerungen in vielen Bereichen schon jetzt nicht mehr über die Runden. Zusätzlich werden die Verbraucher mit einer Abgabe auf Erdgas belastet. Gleichzeitig stuft die Ampel-Bundesregierung Geflüchtete aus der Ukraine unmittelbar nach ihrer Ankunft in den Rechtskreis des „ALG II“ ein. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden unsere Kinder und Enkel erarbeiten und bezahlen müssen.

Die Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber sind auf das zulässige Minimum zu beschränken.

In den Niederlanden erhalten abgelehnte Asylbewerber, die ausreisepflichtig sind, nur in einem auf die Rückkehr in den Heimatstaat abzielenden Ausreisezentren eine Schlafmöglichkeit und ein Frühstück. Einen weitergehenden Anspruch auf staatliche Unterstützung haben ausreisepflichtige Ausländer dort nicht. Dadurch soll ein Anreiz für die freiwillige Ausreise geschaffen werden. In Deutschland bleiben auch Ausreisepflichtige teilweise über viele Jahre im Sozialsystem und fühlen sich dabei sichtlich wohl. Auch diese Kosten werden die nächsten Generationen belasten.

Die EU-Außengrenzen sind besser zu sichern.

Mehr als die Hälfte der Asylantragsteller geben an, keine Identitätspapiere zu haben. Bei diesen scheidet die Abschiebung zunächst wegen fehlender Identitätspapiere. Sie bleiben bis zur Klärung ihrer Identität in Deutschland und beziehen staatliche Leistungen. Der Plan der Ampel-Regierung, zukünftig die Identität an Eides statt versichern zu lassen, würde in

all diesen Fällen verhindern, das bestehende Ausreisepflichten durchgesetzt werden können. Durch den weitgehenden Verzicht auf Kontrollen bei der Einreise ist vielmehr mit einem verstärkten Zuzug von islamistischen Gefährdern zu rechnen. Die Überwachung eines einzigen Gefährders kostet rund 5.000,00 Euro täglich. Auch hierfür haften die nachfolgenden Generationen. Die Vorkehrungen zur Feststellung von Identität und Staatsangehörigkeit der einreisenden Migranten sollte bereits bei der Einreise an den EU-Außengrenzen ansetzen. Dafür besteht aber noch erheblicher Nachbesserungsbedarf bei den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verordnungen für das Grenzverfahren und für das Grenzverfahren in Instrumentalisierungsfällen. In den Entwürfen der EU-Kommission fehlt es an grundlegenden Vorkehrungen zur Klärung der Staatsangehörigkeit der Migranten, die keinen gültigen Pass mit sich führen. Es sollte mindestens eine Befugnis zur Durchsuchung der Migranten, ihrer mitgeführten Sachen und zur Auswertung der mitgeführten Datenträger vorgesehen werden.

Fachkräfte aus dem Ausland dürfen nur im Rahmen des Zuwanderungsrechts via Visumverfahren nach Deutschland einreisen.

Migranten, die über das Asylrecht nach Deutschland gekommen sind, dürfen nicht über diesen Weg in den Arbeitsmarkt kommen. Dieser sog. Spurwechsel setzt falsche Anreize und ist auch untauglich, um Fachkräfte zu finden. Asylbewerber sind im Regelfall nicht ausreichend qualifiziert, um die benötigten Facharbeiten zu leisten. Die Qualifikation können die meisten auch nicht erwerben. Zuwanderung von Fachkräften muss nach anderen Regeln stattfinden. Hierfür bietet bereits das deutsche Zuwanderungsrecht eines der weltweit liberalsten Systeme. Sofern jedoch die Steuerbelastung in Folge der Maßnahmen der Ampel-Regierung steigt, wird Deutschland für die nächsten Jahrzehnte für Fachkräfte unattraktiv.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.